

Ich habe leider keine Zeit, mich ausführlicher mit dem Papier von Winfried Wolf zu befassen, aber einige Punkte verstärken bei mir den Eindruck, dass die Unterbelichtung der griechischen Verhältnisse nicht nur mit der Rücksicht auf die Zielgruppe (deutsche Öffentlichkeit) erklärbar ist (wie Elmar stark betont), sondern auch von einem Kenntnisdefizit herrührt.

Vorweg meine grundsätzliche Meinung: Den Wirkungen des Greece-bashing, über das man sich zu Recht empören muss, kann man nicht entgegen treten, indem man die kritischen Punkte erst gar nicht benennt.

Und noch etwas vorweg: Wenn ich einige Punkte nicht angesprochen habe, heißt das nicht, dass ich sie nicht sehe. Zum Beispiel konnte ich in dem erwähnten kurzen Text (in der Mai-Ausgabe von *Le Monde diplomatique*) nicht auf die Rüstungsausgaben eingehen; auf die habe ich jedoch bereits in einem ausführlichen Artikel (im Januar 2010 ebenfalls in der Diplo) gebührend polemisch hingewiesen, ebenso in einer Analyse für die FES vom Mai 2009.

Jetzt nur knapp die mir am wichtigsten erscheinenden Punkte in der Reihenfolge, in der sie bei Winfried Wolf abgehandelt sind:

Siemens:

Es gab in der deutschen Presse eine umfassender Berichterstattung zu Siemens und GR über Monate hinweg (v.a. in der SZ); es ist aber natürlich richtig, diese deutsche Beteiligung am gr. Rousfeti-Sumpf auch jetzt wieder zu betonen; - Es handelt sich aber nicht um einen aktiven Beitrag „zur Korruption der gr. Gesellschaft“. Denn kein Grieche wird leugnen, dass die Korruption in seinem Lande von der Nachfrage- und nicht von der Angebotsseite getrieben wird. Die Nachfrage nach Bestechungsgeldern ist endemisch (in der Tag ein Erbe der osmanischen Herrschaft, deren Ende nunmehr aber über 180 Jahre zurück liegt), ein Unternehmen, das nicht mitmacht, kam kaum zum Zuge. Natürlich ist es ein Skandal, dass Siemens mitgespielt hat (und auch keineswegs zufällig, man erinnere sich an den lokalen Münchener Skandal), aber ausländische Firmen haben die Korruption in GR nicht erfunden, sondern vorgefunden. Der Fall Siemens ist deshalb kein Grund, die „*innergriechische* Fakelaki-Wirtschaft“ zu relativieren oder gar zu ignorieren

Klientelstaat:

- Natürlich hat der Klientilismus tiefe historische Wurzeln, das Entscheidende ist aber, dass er reibungslos in die griechische Parteiendemokratie transferiert wurde und damit auch den modernen Staat korrumpiert. Es stimmt ja: die Henne hat das Ei gelegt, aber das ist nun schon einige Zeit her – man hätte also längst eine neue Hühnerzucht starten können und müssen. Aber zu viele haben von dem alten System profitiert (oder sich das eingebildet).

- Gottlob haben jetzt die meisten Griechen diese ewigen Hinweise auf die historischen Gründe satt und sagen zurecht: Wir hatten Zeit genug, unsere Gesellschaft von diesen Erscheinungen zu befreien, aber wir haben leider unseren kleinen Frieden mit diesen Zuständen gemacht und sie damit auch durch eigenes Verhalten perpetuiert;
- und sie sehen auch im Rückblick: der EU-Beitritt war die große Chance, das anzupacken, aber wir haben das versäumt und immer wieder die Parteien bestätigt, die den Klientelstaat verlängert haben.
- Konkret: So lange jede zweite Familie hoffen durfte, einen Sprössling im öff. Dienst unterzubringen, wurde der marode Staatsdienst toleriert. Damit ist jetzt Schluss: Der Einstellungsstopp bedeutet, dass für die große Mehrheit eine Chance auf individuellen Nutzen an diesem System entfällt, das schärft den Blick auf die kollektiven Kosten (die den meisten längst bewusst waren).

Öffentlicher Sektor

- Dass man **so** viele Leute im öffentlichen Sektor nicht „*sinnvoll beschäftigen kann*“ (das sinnvoll ist natürlich zentral) sehen 95 Prozent der gr. Bevölkerung inzwischen ein (einschließlich der meisten öff. Bediensteten, die ja ihren Betrieb am besten kennen). Die zitierten Zahlen widerlegen das keineswegs. Im Gegenteil: das skandinavische Modell auch nur als Gedankenspiel zu benutzen, würde die meisten Griechen köstlich amüsieren. Denn hier steht ja den sozial ausgewiesenen Staatsfunktionen eine sozial akzeptierte hohe Steuerquote gegenüber. Also: bei einen effektiveren und gesellschaftlich nützlicheren Staat würden auch die Griechen höhere Steuern zahlen (wenn auch nicht gerne).
- Der Knackpunkt ist natürlich das Verhältnis von Personalausgaben und Steuereinnahmen. Und hier herrscht das krasseste Missverhältnis im gesamten EU-Bereich. Ich habe das in meinem ersten Aufsatz zu GR (Januar 2010 in der *Le Monde diplomatique*) auf die Aussage zugespitzt: Keiner will Steuern zahlen, aber alle wollen für ihre Sprösslinge eine Stelle im öff. Dienst. Das Wort „*dimosio*“ (öffentlicher Bereich) ist im Alltagsgriechisch geradezu synonym für a) eine sichere Pfründe b) Gleichgültigkeit gegenüber dem konkreten Arbeitsinhalt und c) Fehlen jeder Erfolgskontrolle.
 - Wo dann noch mangelnde Effizienz mit Korruptionsbereitschaft (und -gelegenheit) zusammen kommt, multiplizieren sich die negativen Folgen. Das beste Beispiel ist ausgerechnet der Steuern eintreibende Teil des Staatsapparats, was wiederum die Höhe der Steuervermeidung erklärt.
 - Verglichen mit den Verhältnissen in anderen Ländern (und erst Recht mit Skandinavien) ist der öff. Bereich in GR also ohne jeden Zweifel qualitativ „*under performing*“ und quantitativ „*überdimensioniert*“. Das weiß jeder, der mit diesem Apparat je zu tun hatte, vorweg die griechischen Bürger. Nur hatten sie sich fatalistisch damit abgefunden (mit dem ewigen Stoßseufzer „Wir sind hier halt in Griechenland“, was sagen will: Es ändert sich ja doch nichts).

- Das auszusprechen hat nix mit Verstärkung der infamen Hetze zu tun (die man scharf benennen muss). Den tragischen Befund ganz wegzulassen zeugt entweder von unzureichender Landeskunde oder von falschen (taktischen) Rücksicht. Im übrigen fällt man damit all den öffentlichen Bediensteten in den Rücken (etwa den meisten Lehrern) die auch deshalb unterbezahlt sind, weil der Staat in anderen Bereichen einen parasitären Apparat finanziert.

Haushaltsdefizit und öffentliche Schulden

- Die Verdopplung dieses Defizits 2009 geht in der Tat primär, nämlich großenteils auf eine Ausweitung des öffentlichen Sektors und das Nachlassen der Bemühungen, Steuern einzutreiben, zurück. Dagegen spielte die Krise beim Rückgang der Steuereinnahmen eine lediglich verstärkende Rolle (ich habe diese ursächliche Hierarchie in dem erwähnten FES-Papier vom Mai 2009 erläutert).

- Entscheidend für die krasse Haushaltslücke 2009 war nicht, dass es ein Krisenjahr war, sondern dass es ein Wahljahr war: Die scheidende ND-Regierung hat noch vor den Wahlen im Oktober über 30 000 eigene Leute eingestellt. Seit langem pflegen sich in jedem Wahljahr die Haushaltsdefizit aus den beschriebenen Gründen zu verdoppeln.

- Krisenbedingt war allerdings die nachträgliche, noch im März 2010 erfolgte Korrektur des Defizits 2009 von 12,7 auf 13,6 % des BIP (der alten Zahl lag die Annahme einer Rezession von nur 0,2 % zugrunde, tatsächlich waren es minus 2,0 %).

- falsch ist übrigens die Annahme, dass die griechischen Bonds überwiegend bei ausländischen Banken liegen. Die gr. Banken sitzen jedenfalls auf einem so hohen Anteil (ich glaube um die 40 %), dass sie bankrott wären, wenn der jetzt immer häufiger vorgeschlagene Haircut (von 30 bis 50 Prozent) kommen würde.

Euro, Eurozone und EU-Gelder

- Natürlich ist die Diskussion spekulativ, wie es ohne den Euro-Eintritt gelaufen wäre. Sicher ist aber eines: der Eintritt in die Eurozone von 2001 wurde von sozialdemokratischen Reformern (etwa in der Regierung Simitis) als Chance und Herausforderung empfunden, z.B. die Staatsverschuldung abzubauen (mit Einsparung von Ausgaben durch Effektivierung des öff. Dienstes und Erhöhung der Einnahmen v.a. durch Kampf gegen Steuerhinterziehung). Diese Chance wurde grandios verpasst.

- Dennoch wäre aus griechischer Sicht ein Raus aus dem Euro ein Katastrophen-Szenario: Die Verschuldung bliebe in Euro stehen (eine abgewertete Drachme würde die Schuldenminderung durch einen haircut wieder aufheben), der

Zugang zu den Kreditmärkten wäre eher schwieriger, die Importe würden unerträglich teuer, die Drachme wahrscheinlich eine inflationäre Währung wie früher auch. Wo da der Vorteil liegen soll, ist mir nicht ersichtlich (jedenfalls aus gr. Perspektive).

- In diesen Kontext gehört der Hinweis auf die „Verschleuderung“ der finanziellen Mittel aus Brüsseler Töpfen (zu denen ich in dem erwähnten Diplom-Aufsatz einiges gesagt habe), und für diese Vergeudung gibt es Hunderte schlagender Beispiele (angefangen mit der niedrigsten „Absorptionsquote“ aller EU-Länder, weil die Athener Bürokratie nicht einmal imstande war, die verfügbaren Mittel auszuschöpfen, indem sie fristgemäß die entsprechenden Anträge formuliert hätte). Kein Wunder, dass der profitabelste und (an den Börsen) blühendste gr. Industriezweig über die ganzen Jahre die Betonbranche war (längst mit kräftiger ausländ. Beteiligung).

- Aber auch hier gilt: der Klientelstaat ist ein zentraler Grund dafür, dass die entsprechenden Gelder vergeudet und nicht sinnvoll verwendet wurden. Dass dabei viele Gelder in Projekte flossen, an denen die Lieferanten profitierten, stimmt immer, entlastet aber die griechischen Akteure keineswegs.